

## **A n t r a g**

### **der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Runter mit dem Mehrwertsteuersatz beim Schulessen**

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene, gegebenenfalls durch eine Bundesratsinitiative, für eine generelle Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Schulessen unabhängig von der näheren Ausgestaltung der Abgaben von 19 Prozent auf sieben Prozent einzusetzen,
2. sich gegenüber dem Bundesfinanzminister für eine umgehende Rücknahme des Umsatzsteuer-Rundschreibens zur Abgrenzung von Lieferungen und Leistungen bei der Abgabe von Speisen und Getränken vom 16. Oktober 2008 einzusetzen.

#### **Begründung:**

Mit seinem offenen Brief vom 9. März 2010 an Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble thematisierte Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer die Mehrwertsteuererhöhung für Schulessen. Inzwischen hagelt es länder- und parteienübergreifend Kritik an dem Erlass, welcher der Erhöhung zu Grunde liegt (Bundesfinanzministerium vom 16. Oktober 2008: Nr. IV B 8 - S 7100/07/10050). Ernährungswissenschaftler/-innen und Sozialpolitiker/-innen sprechen zu Recht von einem "falschen Signal", das Anstrengungen für die gesunde Ernährung der Schüler/-innen konterkariert und Familien mit geringem Einkommen zusätzlich belastet. Die höhere Mehrwertsteuer betrifft Catering-Unternehmen, die neben der Anlieferung auch die Essenausgabe übernehmen. Die Ausgabe des Essens und die Geschirrrreinigung fallen laut Bundesfinanzministerium unter "sonstige Leistungen", die mit 19 Prozent zu besteuern sind.

Die Folgen sind klar: In Zeiten klammer kommunaler Kassen werden die Städte und Gemeinden die Mehrkosten nicht tragen können - die Preise für Schulessen werden steigen. Das wiederum wird dazu führen, dass weitere Eltern ihre Kinder von der Mittagsversorgung abmelden, die dann möglicherweise überhaupt keine warme Mahlzeit am Tag erhalten. Damit sehen wir die gerechte Teilhabe von Schülerinnen und Schülern gefährdet und damit dringenden Handlungsbedarf.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass auf Tiernahrung wie Hunde- und Katzenfutter lediglich sieben Prozent Mehrwertsteuer erhoben werden. Das trifft ebenso zu auf Fast Food, wenn es außerhalb

des Verkaufsraums verzehrt wird - geradezu eine Einladung zur ungesunden Ernährung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein gesundes und biologisch hergestelltes Schulessen ein, nährstoff- und vitaminreich.

Für die Fraktion:

Siegesmund